Zur Frage der böhmischen Verfassungsänderung nach der Schlacht am weissen Berge. Der Entscheidungskampf vom 8. November 1620 hatte das tief gesunkene kaiserliche Ansehen derart gehoben, dass Ferdinand II. unverweilt an die Einschränkung der in Böhmen auf Kosten der landesfürstlichen Hoheit übermässig ausgebildeten ständischen Rechte schreiten konnte. Der Kaiser hatte, wie wir wissen, bereits gegen Ende des Jahres 1620 und wiederholt im Laufe der nächsten Jahre von seinen Räthen Gutachten zum Zwecke einer Revision der böhmischen Privilegien eingeholt, um jene ständischen Rechte, welche der landesfürstlichen Hoheit abträglich waren oder Anlass zum Aufstande gegeben hatten, zu schmälern oder zu vernichten ¹⁾.

Auch Kurfürst Maximilian von Baiern ermahnte in seiner Eigenschaft als vom Kaiser aufgestellter Exekutor gegen die Rebellen Ferdinand bereits am 16. November 1620 zu gleichem Vorgehen, obwol die Stände gerade seine Fürbitte beim Kaiser nachgesucht hatten. Zu seiner Entschuldigung bemerkt der Kurfürst in dem erwähnten Schreiben, er hätte die Bitte der Stände öffentlich nicht abschlagen können ²⁾.

Naturgemäss erregte die böhmische Frage und deren Lösung bei ihrer grossen Bedeutung auch das lebhafteste Interesse entfernterer politischer Kreise. Ein Beispiel dafür vermag ein zu Anfang des Jahres 1621 an den Bruder des Kaisers, Erzherzog Leopold, gelangtes Gutachten einer in dessen politischen Diensten stehenden Persönlichkeit zu bieten. Dasselbe ist namentlich wegen seiner weitaussehenden Tendenzen beachtenswerth und kann als Stimmungsbild zur Beurtheilung der böhmischen Verhältnisse in gut habsburgisch gesinnten Kreisen angesehen werden.

Ein eifriger Korrespondent und Agent Leopolds in österreichischen und strassburgischen Angelegenheiten, zugleich Generaladvokat des Erzherzogs Albrecht in den Niederlanden, war Licentiat Adam Schwindt in Erfurt, der während der Jahre 1625—31 eine Fülle von politischen und kriegerischen Nachrichten an den Hof zu Innsbruck sandte. Er unterbreitete dem Erzherzog ungefähr anfangs April 1621 bezüglich der politischen Umgestaltung Böhmens und seiner Nebenländer nachstehende, allerdings zum blossen weiteren Nachdenken, wie er hervorhebt, bestimmte

¹⁾ Vgl. Gindely, Geschichte der Gegenreformation in Böhmen 449 ff., Huber, Geschichte Oesterreichs V. 222 f.

²⁾ Gindely, a. a. O. 5, Klopp, Der dreissigjährige Krieg II. 63 und das Schreiben bei Hurter, Geschichte K. Ferdinands II. VIII. 661.

Vorschläge ¹⁾: Es wäre zu erwägen, ob nicht jetzt die günstige Gelegenheit sich böte, die Kurwürde und das Reichserzschenkenamt vom Lande Böhmen, das durch viele hundert Jahre fast gegen alle seine Könige sehr unbotmässig gewesen, zu nehmen und auf das habsburgische „Geburtsaus“ und Erberzherzogthum Oesterreich zu übertragen unter gleichzeitiger Erhebung des Erzherzogthums zu einem Königreich und Kurfürstenthum. Böhmen sollte wieder, wie es einstmals war, zu einem Herzogthum erniedrigt und zugleich mit Schlesien, Mähren und der Lausitz dem Hause Oesterreich in gleichem Verhältnisse, wie die genannten Länder zu Böhmen gestanden hatten, einverleibt werden.

Die vornehmsten Städte wären durch feste Kastelle in beständigem Zaum zu halten, weil man sich anders nicht leicht dieser Leute, welche so leicht und so oft rebelliren ²⁾, versichern könnte.

Die Berechtigung zu einem solchen Vorgehen liesse sich leicht, glaubt der Verfasser des Gutachtens, mit rechtmässigen Gründen erweisen. Der Kaiser sei an und für sich genugsam dazu befugt. Man könnte auch einen bequemen Anlass finden, wenn bei der Konfirmation der Landesprivilegien und Majestätsbriefe der Grundsatz zum Massstabe genommen würde, dass alles bestätigt werde, was den Unterthanen, Hohen und Niederen, privatim zum Nutzen und demnach auch dem Lande zum Besten gereiche. So sollten der Religionsfriede, fördersame Justiz, Erleichterung der Beschwerden u. a. nicht nur bestätigt, sondern zu besserer Gewinnung der Gemüther möglichst gemehrt werden. Alle übrigen Privilegien dagegen, welche nur eine übermässige Freiheit der Stände und Städte und eine Einschränkung der königlichen Macht und Hoheit bezwecken, sollten gänzlich kassirt werden, denn sie gereichen nur den neuerungssüchtigen und auf ihren Privatvorthail unziemlich bedachten „grossen Hansen“ zum Vorthail und geben scheinbare Gründe zur Widersetzlichkeit gegen den König. Mit dieser Vernichtung der Privilegien liesse sich die Uebertragung des Königthums, der Kurwürde und des Erzschenkenamtes Rechtens ganz gut verbinden. Dadurch würde nicht blos dem Hause Oesterreich seine wohlverdiente und allein in den letzten Jahren genugsam erworbene Präeminenz und Ehre gemehrt werden, sondern auch dem ganzen hl. Reiche und ge-

¹⁾ Orig.-Korrespondenz im Statth.-Archiv zu Innsbruck (Alphab. Leopold.). — Aus früherer Zeit sind nur der erwähnte Brief, der undatirt ist und blos das Beantwortungsdatum des 7. April trägt, und einer vom 21. Dezember 1620 vorhanden. Adam Schwindt begegnet uns in der bekannten Literatur nicht.

²⁾ Aehnliches befürwortete schon das erste Gutachten der kais. Räthe. Vgl. Gindely, a. a. O. 449.

meinsamen Vaterlande vielfacher Nutzen und mehr Vortheil erwachsen, als von den unbeständigen Böhmen zu erwarten ist.

Thatsächlich wurde die bekanntlich schon von Kaiser Maximilian I. einmal geplante Idee, Oesterreich zu einem Königreich zu erheben, im Jahre 1623 aufgegriffen, doch ist Weiteres über die gepflogenen Verhandlungen nicht bekannt, als dass sie ein negatives Resultat lieferten ¹⁾.

Schliesslich hält Schwindt dafür, dass man sich mit der Durchführung dieser Gedanken nicht zu beeilen brauchte. Man möge nur die Sache fest in's Auge fassen und eine günstige Gelegenheit zum Handeln werde sich von selbst ergeben. Er setzt bei: *quando mature et constanter proceditur, ipsum tempus et divina providentia commodiora adminicula quasi ultro suppeditare solent.*

Erzherzog Leopold übersendete das „treuherzige“ Gutachten am 7. April 1621 in Abschrift an den Kaiser mit dem Bemerken, dass es ihm allerdings nicht zustehe, bezüglich Böhmens Mass und Ordnung vorzuschreiben ²⁾. Adam Schwindt benachrichtigte er am selben Tage, er habe seine Vorschläge an den Kaiser übermittelt, dieser werde sich nach Gestalt der Zeit und der Verhältnisse dessen, was thunlich erscheint, bedienen. Gleichzeitig schrieb Leopold auch an den Oberstkanzler von Böhmen, Lobkowitz. Wol darum, weil dieser ein bekannter Gegner weitergehender Verfassungsänderung war, erwähnte der Erzherzog mit keinem Worte das Gutachten Schwindts, er ersuchte ihn dagegen, für Schwindt das nöthige Aktenmaterial abschreiben zu lassen, weil dieser im Begriffe stehe, die in letzter Zeit im Reiche entstandenen Schmähschriften gegen den Kaiser bezüglich des böhmischen Aufstandes zu widerlegen ³⁾.

¹⁾ Solche haben stattgefunden, denn das Repertorium Ferdinandeum des Innsbrucker Statthalt.-Archives verzeichnet Folio 234 $\frac{1}{2}$, Fasciculus n° 20: Enthält das ein und andere (nicht mehr vorhandene) Schreiben, woraus zu ersehen, dass der Kaiser Ferdinand im Jahre 1623 den Antrag an die anderen Erzherzoge stellte, die ober-, vorder-, inner- und niederösterreichischen Lande zu einem Königreiche zu erheben; dabei sei ein und die andere vorberichtliche, in negativum abzielende räthliche Meinung zu finden.

²⁾ Innsbrucker Statth.-Arch. Ambr. A. Konzept. Daselbst auch die Konzepte der unten noch erwähnten zwei Briefe Leopolds.

³⁾ A. Schwindt hatte am 21. Dez. 1620 an Leopold berichtet, es sei ihm unlängst der Abdruck einer angeblich aufgefangenen Korrespondenz zwischen dem Kaiser und getreuen Kurfürsten und Fürsten mit sehr gehässigen Randnoten in die Hand gekommen und ausser der böhmischen Schmähschrift werden überall sehr präjudizirliche Traktate verkauft, insbesondere eines des Inhalts, der Kaiser hätte keine Befugnis zur Exekution gegen den Pfalzgrafen und diese sei daher null und widerrechtlich. Weil eine solche Verführung nicht allein des gemeinen Manns, sondern auch vieler anderer Höhergestellten allen Redlichen wehe thue, und solche, die besser zur Widerlegung der anscheinend jetzt fast alle auf einmal

Die Thatsache der Uebersendung des Gutachtens an den Kaiser ohne jede abfällige Bemerkung beweist, dass Erzherzog Leopold persönlich den Ansichten Schwindts im allgemeinen Beifall zollte. Mit der Erhebung aller alten österreichischen Erbländer zu einem Königreich wäre er aber sicherlich nicht einverstanden gewesen ausser in dem unwahrscheinlichen Falle, dass er selbst als Beherrscher an die Spitze derselben berufen worden wäre ¹⁾. In Schwindt sah er jedoch den ruhigen Mann zur Widerlegung der gegen Habsburg gerichteten Schmähschriften. Beweis dafür ist die Verwendung zur Erlangung zweckdienlicher Akten aus der böhmischen Kanzlei.

Inwieweit das Gutachten auf den Kaiser Eindruck machte, ist nicht bekannt. Vielleicht trug auch diese Stimme bei zur Bestärkung in seinem energischen Vorgehen hinsichtlich der böhmischen Verfassungsfrage, die insbesondere von der Mitte des Jahres 1621 an den Gegenstand unausgesetzter Berathungen und Verhandlungen bildete. Das Ergebnis ist bekanntlich die „vernewerte Landesordnung“ vom 10. Mai 1627.

Innsbruck,

M. Mayr-Adlwang.

ausgelassenen Feinde und Widersacher berufener wären, wahrscheinlich mit Geschäften überladen seien, so wäre er dazu geneigt, wenn er mit den nöthigen Dokumenten versehen und der Erzherzog ihn auffordern würde (Orig. Statth.-A. Innsbruck, Alfab. Leopold.). Im Briefe an Schwindt vom 7. April theilte Leopold demselben mit, er habe um die nöthigen Schriften und Dokumente an den böhmischen Kanzler geschrieben und er zweifle nicht, diese würden ihm thunlichst zur Verfügung gestellt werden.

¹⁾ Vgl. den Schluss der Note 1 S. 655 über das negative Resultat der Verhandlungen.